



Aus der Fraktion

Gregor Golland (CDU) und Julia Höller (Grüne) zur Aktuellen Stunde **„Mit klarer Haltung schützen wir unsere Freiheit vor Russlands hybriden Angriffen“**

Drei Ukrainer sollen im russischen Auftrag Brand- und Sprengstoffanschläge geplant haben – zu Festnahmen kam es in Konstanz, in der Schweiz und auch in Köln. Deshalb hat sich der Landtag am Mittwoch im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit Russlands hybrider Kriegsführung und den daraus entstehenden Risiken für Nordrhein-Westfalen beschäftigt. Dazu erklären die stellvertretenden Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von CDU und Grünen, **Gregor Golland** (CDU) und **Julia Höller** (Grüne):

Gregor Golland: „Russland führt einen hybriden Angriff auf unsere offene Gesellschaft – mit Spionage, Sabotage und Zersetzung. Die Festnahme dreier Saboteure, die mit Thermit-Anschlägen unsere Infrastruktur treffen wollten, zeigt: Die Bedrohung ist real und konkret. Unsere Sicherheitsbehörden haben Schlimmeres verhindert – das ist ein großer Erfolg. Doch die Gefahr bleibt. Unsere Gegner agieren verdeckt – auch über ideologisch oder finanziell motivierte Helfer im Inland. Deshalb brauchen wir gut ausgestattete Nachrichtendienste, moderne Gesetze wie das neue Verfassungsschutzgesetz und eine wachsame Öffentlichkeit. Zeitenwende bedeutet auch: die Nachrichtendienste und die zivile Verteidigung stärken. Nur gemeinsam mit unseren ausländischen Partnern und Verbündeten sowie einer klaren Haltung können wir unsere Freiheit schützen.“

Julia Höller: „Paketbomben, GPS-Tracker, gezielte Sabotagepläne – und das nicht irgendwo im Ausland, sondern hier in NRW. Das ist die Realität. Russland führt längst einen Krieg gegen uns. Hier in NRW nicht mit Panzern, sondern mit Desinformation, Cyberattacken und wirtschaftlicher Erpressung – sowie mit sogenannten ‚Low-Level-Agenten‘, die online für ein geringes Honorar rekrutiert werden. Das Ziel Russlands: Durch Sabotage und Spionage unsere Demokratie zu destabilisieren und Angst zu schüren. Die Gefahr der hybriden Kriegsführung wurde zu lange unterschätzt. Wir müssen unsere kritische Infrastruktur besser schützen. Dazu brauchen wir klare gesetzliche Zuständigkeiten, verbindliche Mindeststandards und transparente Überprüfungsmöglichkeiten. Wo nötig, muss der Staat die Möglichkeit haben, Regeln zum Schutz durchzusetzen. Das KRITIS-Dachgesetz im Bund muss schnell auf den Weg gebracht werden, um diese Punkte endlich anzugehen. Wir müssen die Sicherheitsbehörden stärken. Das neue Verfassungsschutzgesetz ist vor diesem



Hintergrund ein wichtiger Baustein. Russlands Strategie ist es, das Vertrauen in Institutionen und demokratische Prozesse zu zerstören. Wir zeigen uns in NRW wehrhaft und handeln.”

Thorsten Schick (CDU), Verena Schäffer und Wibke Brems (Grüne)

Ziel der Reform waren mehr Fairness und Nachvollziehbarkeit

Der Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen hat an diesem Dienstag das im Landtag mit breiter Mehrheit beschlossene neue Verfahren zur Sitzzuteilung bei Kommunalwahlen für unzulässig erklärt. CDU, SPD und Grüne hatten sich gemeinsam für die Reform starkgemacht. Ziel war es, die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger gerechter in die Sitzverteilung der Räte und Kreistage zu übersetzen. Dazu die Fraktionsvorsitzenden von CDU und GRÜNEN, **Thorsten Schick, Wibke Brems** und **Verena Schäffer**:

„Wir wollten mit der Reform erreichen, dass jede Stimme möglichst den gleichen Einfluss auf die Sitzverteilung hat – fair, nachvollziehbar und im Sinne aller Wählerinnen und Wähler. Gerade auf kommunaler Ebene, wo Politik den Alltag der Menschen unmittelbar betrifft, muss der demokratische Wettbewerb auf einem fairen Fundament stehen. Unser Vorschlag war ein mathematisch ausgewogener Kompromiss. Mehrere Sachverständige haben ausdrücklich bestätigt, dass unser Weg rechtlich möglich und sachlich gut begründet ist. Dass das Verfassungsgericht nun zu einer anderen Bewertung kommt, respektieren wir. Allerdings kann es heute passieren, dass eine Partei oder Wählergruppe mit nur wenigen Stimmen genauso viele Sitze bekommt wie andere mit deutlich mehr Stimmen. Das halten wir für ungerecht und unser neues Verfahren sollte genau das verhindern. Es geht uns darum, dass Kommunalpolitik vor Ort weiter funktioniert. Die vielen ehrenamtlich Engagierten in unseren Städten und Gemeinden brauchen klare, faire Rahmenbedingungen für ihre Arbeit – und wir hoffen, dass weiterhin viele Menschen bereit sind, Verantwortung in der Kommunalpolitik zu übernehmen.“

Hintergrund:

Die Berechnungsweise der Sitzverteilung wurde in Nordrhein-Westfalen – wie in der ganzen Bundesrepublik – in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder angepasst. So wurde laut NRW-Innenministerium bei der Kommunalwahl 1994 das D’Hondtsche Höchstzahlverfahren genutzt. 1999 und 2004 kam das Verfahren der mathematischen Proportion nach Hare/Niemeyer zum Einsatz. Seit 2009 bis zuletzt war schließlich das Divisorverfahren mit Standardrundung nach Sainte-Laguë maßgeblich.



Gregor Golland (CDU) und Dorothea Deppermann (Grüne)

Neues Verfassungsschutzgesetz: Unser Rechtsstaat muss wehrhaft sein

Die schwarz-grüne Koalition modernisiert das Verfassungsschutzgesetz. Innenminister Herbert Reul hat jetzt einen Gesetzentwurf zur Reform vorgelegt, über den das Plenum demnächst beraten wird. Der Entwurf reagiert auf neue Bedrohungen durch verfassungsfeindliche Bestrebungen, Cyberangriffe und Spionage und bringt das Gesetz auf den neuesten Stand der Rechtsprechung. Dazu nehmen der stv. CDU-Fraktionsvorsitzende **Gregor Golland** und **Dorothea Deppermann**, Sprecherin für Demokratie und Verfassungsschutz der Grünen Landtagsfraktion, wie folgt Stellung:

Gregor Golland (CDU): „Mit diesem Gesetz machen wir unseren Rechtsstaat wehrhaft – gegen Linksextremisten, Rechtsextremisten, Islamisten sowie Zersetzung, Spionage und Sabotage. Auch Maßnahmen aus dem Sicherheitspaket, das Nordrhein-Westfalen nach dem Anschlag von Solingen beschlossen hat, sind hier 1:1 eingeflossen wie beispielsweise der Einsatz virtueller Ermittler und Künstlicher Intelligenz zum Internet-Monitoring. Es ist richtig und wichtig, auf neue technische Entwicklungen wirksam reagieren zu können. Unsere Sicherheitsbehörden müssen Staatsfeinden und Extremisten immer einen Schritt voraus sein. Wir geben dem Verfassungsschutz jetzt die Mittel an die Hand, um im realen und auch im digitalen Raum effektiv und rechtssicher zu arbeiten. Dazu gehören etwa der Zugriff auf verschlüsselte Kommunikation über Endgeräte mittels Quellen-Telekommunikationsüberwachung, Funkzellenabfragen, Videoüberwachung und Kontodaten. Wir setzen dabei konsequent um, was das Bundesverfassungsgericht einfordert. Wir handeln vorausschauend – für mehr Sicherheit, klare Regeln und einen wehrhaften Rechtsstaat.“

Aus der Landesregierung

Nordrhein-Westfalen belegt Spitzenplatz bei der Exzellenzstrategie. 15 Cluster erfolgreich!

Universitäten in Nordrhein-Westfalen bauen Vorsprung weiter aus / Ministerpräsident Wüst: Unser Land zählt zur absoluten Spitze der internationalen Wissenschaft

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:

In Nordrhein-Westfalen gibt es künftig 15 Exzellenzcluster für internationale Spitzenforschung! Das hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) am Donnerstag,



22. Mai 2025, bekannt gegeben. Damit liegt Nordrhein-Westfalen erneut vor allen anderen Bundesländern und baut seine Spitzenposition auf hohem Niveau weiter aus. Im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern erhalten Cluster von acht (vorher sieben) Universitäten aus Nordrhein-Westfalen für sieben Jahre eine jährliche Förderung in Höhe von bis zu 10 Millionen Euro. Förderbeginn ist der 1. Januar 2026. Besonders erfolgreich war erneut die Universität Bonn, die acht Exzellenzcluster holte (vorher sechs) – mehr als jede andere Universität in Deutschland.

Die 15 Cluster verteilen sich auf die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, die RWTH Aachen, die Universität zu Köln, die Ruhr-Universität Bochum, die TU Dortmund, die Universität Münster, die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (im Verbund mit Köln) und – neu hinzugekommen – die Universität Siegen (im Verbund mit Bonn und Dortmund).

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Diese Entscheidung zeigt: Nordrhein-Westfalen ist unverändert ein herausragendes Zentrum der Wissenschaft in Deutschland. Hier werden Maßstäbe gesetzt. Mit erstklassigen 15 von bundesweit 70 bestätigten Exzellenzclustern zählt unser Land zur absoluten Spitze der internationalen Wissenschaft. Gemeinsam mit unseren Universitäten schaffen wir die besten Voraussetzungen für Forschung auf höchstem Niveau. Jetzt können wir die Zahl der Exzellenzcluster im Land noch erweitern und bauen damit unseren Anspruch, ein herausragender Hotspot für Wissenschaft zu sein, weiter aus. Nordrhein-Westfalen überzeugt durch innovative Forschung, ausgezeichnete Nachwuchsförderung und eine starke internationale Vernetzung. Wenn es um Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit geht – sei es bei der Energiewende, der IT-Sicherheit oder dem medizinischen Kampf gegen Volkskrankheiten wie Krebs und Alzheimer – schauen Deutschland und Europa auch und vor allem nach Nordrhein-Westfalen.“

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „Die Familie der Exzellenzcluster in Nordrhein-Westfalen hat Zuwachs bekommen! Unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben einmal mehr bewiesen, dass Nordrhein-Westfalen zur Spitze der internationalen Forschungslandschaft gehört. Als Landesregierung haben wir die Universitäten nach Kräften bei der Bewerbung der Exzellenzcluster unterstützt. Dieses Engagement hat sich ausgezahlt. Das Land kann stolz sein auf Spitzenforschung ‚made in NRW‘.“



Voraussetzung für eine Projekt-Förderung als Exzellenzcluster sind herausragende Leistungen in international bedeutsamen Forschungsfeldern. Dazu gehören auch exzellente Ausbildungsmöglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Chancen für junge Forscherinnen und Forscher, sich zu profilieren. Die Exzellenzcluster bündeln internationale Spitzenforschung zu gesellschaftlich hochrelevanten Themen – von Gesundheit und Nachhaltigkeit über Digitalisierung bis hin zu neuen Technologien. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten dabei interdisziplinär an den großen Fragen unserer Zeit.

Die Auswahl hat auch Auswirkungen auf die Exzellenzuniversitäten: Universitäten, die den Titel „Exzellenzuniversität“ erreichen wollen, müssen über mindestens zwei Cluster verfügen, Universitätsverbände über drei.

Bundesweit gibt es elf Exzellenzuniversitäten beziehungsweise -universitätsverbände. In der nächsten Förderperiode ab 2027 könnte die Zahl bis auf 15 Universitäten steigen. In Nordrhein-Westfalen haben bislang die Universität Bonn und die RWTH Aachen den begehrten Status einer Exzellenzuniversität. In der nächsten Runde erfüllen nun neben Aachen und Bonn auch die Universität zu Köln, die Ruhr-Universität Bochum und die TU Dortmund die Voraussetzungen für das Rennen um den Exzellenzstatus. Damit können fünf Universitäten aus Nordrhein-Westfalen einen Einzelantrag im Exzellenzuniversitäts-Verfahren stellen – mehr als in jedem anderen Bundesland.

Diese Cluster sind neu:

CARE: Klimaneutrales und ressourceneffizientes Bauen: (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen im Verbund mit der Technischen Universität Dresden): Klimaneutrales Bauen und zugleich bezahlbaren und klimaresilienten Wohnraum zu schaffen in Verbindung mit den schwierigen Arbeitsbedingungen der Baubranche sind die zentralen und zukunftsorientierten Fragestellungen dieses Clusters.

Color meets Flavor – Suche nach neuen Phänomenen in der starken und schwachen Wechselwirkung (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im Verbund mit der Technischen Universität Dortmund und der Universität Siegen): Die Entdeckung neuer physikalischer Phänomene ist die Zielrichtung dieses Clusters. Gerade im Bereich der Teilchenphysik können durch die enge Verknüpfung von theoretischem und experimentellem Arbeiten neue Erkenntnisse erzielt werden.



Unser dynamisches Universum (Universität zu Köln im Verbund mit der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn): Grundlegende physikalische Prozesse vor dem Hintergrund der dynamischen Struktur und Entwicklung des Universums werden hier mit KI-Unterstützung gemessen und erklärt, um neue Erkenntnisse der Raum-Zeit-Strukturen zu gewinnen.

Diese Cluster erhalten eine erneute Förderung:

BCDSS – Bonn Center for Dependency and Slavery Studies – Beyond Slavery and Freedom (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn): Forscherinnen und Forscher aus verschiedenen geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern untersuchen aus fachspezifischen, inter- und transdisziplinären Perspektiven tiefgreifende soziale Abhängigkeitsverhältnisse wie Sklaverei, Leibeigenschaft, Schuldknechtschaft und andere Formen der dauerhaften Abhängigkeiten über Epochen, Regionen und Kulturen hinweg.

CASA – Cyber Security in the Age of Large-Scale Adversaries (Ruhr-Universität Bochum): Das Thema ist hier Cybersicherheit. Forschungsthemen sind unter anderem Kryptographie und sichere Software für das Zeitalter der Quantencomputer, Hardware-sicherheit, nutzerfreundliche Sicherheit, Künstliche Intelligenz und Fairness. CASA arbeitet erfolgreich daran, zur Sicherheit öffentlicher Institutionen, kritischer Infrastrukturen, von Wahlen, von Unternehmen und von Bürgerinnen und Bürgern beizutragen.

CECAD – Exzellent in Altersforschung (Universität zu Köln): Der Cluster erforscht Alterungsprozesse und altersbedingte Krankheiten wie Diabetes und Übergewicht sowie Nieren-, Haut- und neurodegenerativer Erkrankungen – beispielsweise Alzheimer. Teil der Forschung ist es, molekulare und zelluläre Mechanismen des Alterns aufzuklären, um neue Ansätze für die Prävention, Diagnose und Behandlung zu entwickeln.

CEPLAS – SMARTe Pflanzen für die Anforderungen von morgen (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Universität zu Köln): Der Klimawandel und ein Rückgang von natürlichen Ressourcen bedrohen die weltweite Pflanzenproduktion. Gleichzeitig steigt die globale Nachfrage nach pflanzlichen Produkten rasant. Der Cluster betreibt



Grundlagenforschung für innovative Strategien, wie diese großen Herausforderungen gemeistert werden können.

ECONtribute – Märkte & Public Policy (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Universität zu Köln): Dieses gemeinsame Cluster der Universitäten Bonn und Köln betreibt Grundlagenforschung zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Faktoren, die das menschliche Verhalten beeinflussen. Übergeordnetes Ziel ist es, den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik zu fördern.

FSC – The Fuel Science Center (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen): Mehr als 150 Forscherinnen und Forscher arbeiten an der Zukunft der Mobilität. Kernthema ist die Entwicklung von flüssigen Energieträgern wie beispielsweise „Bio-hybrid Fuels“, die eine hocheffiziente und saubere Verbrennung ermöglichen und so als nachhaltige Kraftstoff-Alternative genutzt werden können.

HCM – Hausdorff Center for Mathematics: Grundlagen, Modelle, Anwendungen (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn): Deutschlands erstes Mathematik-Exzellenzcluster wird seit 2006 gefördert und hat das Ziel Spitzenforschung im Bereich der Mathematik und ihrer Anwendungen voranzubringen. Seine Bandbreite erstreckt sich von ambitionierter Grundlagenforschung und mathematischer Modellierung bis zu industriellen, ökonomischen und medizinischen Anwendungen.

ImmunoSensation – Das immunsensorische System (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn): Dieser Cluster erforscht das menschliche Immunsystem über die Grenzen der klassischen Immunologie hinaus, um es besser zu verstehen. Im Kern der Arbeit stehen die Immun-Sensoren, die Rezeptoren des angeborenen Immunsystems, und deren Beteiligung an der Entstehung von Volkskrankheiten wie Krebs und Neurodegeneration.

Mathematik Münster – Dynamik – Geometrie – Struktur (Universität Münster): Der Cluster verknüpft verschiedene mathematische Bereiche miteinander, um auf diese Weise umfassende Ansätze zu entwickeln, die bedeutende mathematische Probleme lösen und neue Anwendungsbereiche erschließen. Die Ergebnisse sind wichtige Grundlagen für andere Forschungsbereiche wie Künstliche Intelligenz, Wirtschaftsökonomie, bildgebende Verfahren, Material- und Lebenswissenschaften.



ML4Q – Materie und Licht für Quanteninformation (Universität zu Köln, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen und Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn): Quantencomputing ist eine der großen Zukunftstechnologien. Die Forscherinnen und Forscher dieses Clusters zählen international zur absoluten Spitze und entwickeln neuartige Konzepte für diese vielversprechende Technologie. Themen sind etwa Grundlagenforschung in Quantenmaterie bis hin zu Algorithmen, über vier Qubit-Plattformen in unterschiedlichen Entwicklungsstadien: supraleitende, Rydberg-, Spin- und topologische Qubits.

PhenoRob – Robotik und Phänotypisierung für Nachhaltige Nutzpflanzenproduktion (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn): Die Produktion von Nutzpflanzen für Lebensmittel oder Rohstoffe spielt eine essentielle Rolle für die Zukunft und steht vor mehreren Herausforderungen. Begrenzte Ackerflächen und Nährstoffe sowie negative Folgen von Dünger sind einige davon. Unter anderem mit KI und Robotik arbeiten die Forscherinnen und Forscher daran, neue Wege für die Landwirtschaft zu entwickeln.

RESOLV – Ruhr Explores Solvation – Verständnis und Design lösungsmittelabhängiger Prozesse (Ruhr-Universität Bochum und Technischen Universität Dortmund): Zahlreiche chemische Reaktionen, wichtige industrielle Prozesse und nahezu alle biologischen Vorgänge finden in Lösung statt, wobei Wasser das häufigste Lösungsmittel ist. Der Cluster hat Solvation Science als neues interdisziplinäres Forschungsfeld etabliert und die Rolle von Lösungsmitteln als aktiven Teilnehmer von chemischen Prozessen neu definiert. Die Erkenntnisse können beispielsweise für die Optimierung von Wirkstoffen genutzt werden.

Suche nach Funklöchern geht weiter: 3. Mobilfunkmesswoche in Nordrhein-Westfalen startet – Jede Messung zählt!

Ministerin Neubaur: Wir haben beim Netzausbau schon viel erreicht, aber jeder kennt noch Ecken, wo's hakt. Messen Sie mit

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie teilt mit:

Beim Spaziergang, auf Reisen oder auf dem Weg zur Arbeit – wo kein Netz ist, kommt oft Frust auf. Zwar sind mehr als 98 Prozent der Landesfläche in Nordrhein-



Westfalen mit 4G oder 5G durch mindestens einen Netzbetreiber versorgt, aber es bestehen noch Lücken. Damit das bald der Vergangenheit angehört, startet vom 26. Mai bis 1. Juni die dritte Mobilfunkmesswoche. Mithilfe der kostenlosen Funkloch-App der Bundesnetzagentur können Bürgerinnen und Bürger die Netzverfügbarkeit ihrer Mobilfunkanbieter erfassen und anonym übermitteln.

Wirtschaftsministerin Mona Neubaur unterstützt die Aktion erneut als Schirmfrau: „Wir haben beim Netzausbau schon viel erreicht, aber jeder kennt noch Ecken, wo's hakt. Genau diese Lücken wollen wir finden, denn gute Netze machen unser Land fit für die Zukunft und noch attraktiver für Menschen und Wirtschaft. Unser Beispiel macht Schule: In einer bundesweiten Mobilfunkmesswoche beteiligen sich in diesem Jahr erstmals alle Bundesländer an der Aktion. Gerade weil die Mobilfunkverfügbarkeit bei uns in Nordrhein-Westfalen schon gut ist, kommt es bei der Suche nach Schwachstellen auf jeden Einzelnen an. Jede Messung zählt, machen Sie mit, messen Sie mit!“

Wie funktioniert's?

App runterladen, unterwegs starten und ganz normal das Handy nutzen – im Hintergrund wird automatisch gemessen, wie gut das Handynetzt funktioniert. Die Funkloch-App steht kostenlos und werbefrei in den App-Stores zum Download bereit. Die Ergebnisse werden anonym gesammelt und helfen dabei, schlecht versorgte Gebiete aufzuspüren und gezielt zu schließen. Alle Ergebnisse werden in der Funkloch-Karte der Bundesnetzagentur veröffentlicht.

Was bringt's?

In den letzten beiden Jahren haben über 50.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen mehr als 20 Millionen Messpunkte geliefert. Das hat geholfen, die Versorgungslage besser zu verstehen – und gezielt zu verbessern. Je kleiner die Versorgungslücken werden, umso mehr kommt es auf die präzisen lokalen Messungen per Funkloch-App an.

Was ist die Mobilfunkmesswoche NRW?

Die Mobilfunkmesswoche NRW ist entstanden aus einer Initiative der Mobilfunkkoordinatorinnen und -koordinatoren in den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens und findet in diesem Jahr erstmals bundesweite Nachahmung – die Mobilfunkmesswoche findet gleichzeitig in allen Bundesländern statt. Mit der Funkloch-



App können Nutzerinnen und Nutzer die Netzverfügbarkeit ihres Mobilfunknetzes unkompliziert in Echtzeit erfassen. Ziel ist, mit Hilfe der Messungen der Bürgerinnen und Bürger eine deutliche Steigerung der Versorgungstransparenz zu erreichen.

Weitere Informationen zur Mobilfunkmesswoche und zur Funkloch-App sind auf kdi.nrw/mobilfunkmesswoche abrufbar. Informationen zur bundesweiten Mobilfunkmesswoche stehen unter www.check-dein-netz.de zur Verfügung.

Wie ist der Ausbaustand des Mobilfunks in Nordrhein-Westfalen?

Laut Bundesnetzagentur beträgt die 4G-Flächenversorgung durch mindestens einen Mobilfunknetzbetreiber in Nordrhein-Westfalen 98,4 Prozent. 5G ist bereits in 95,4 Prozent der Fläche durch mindestens einen Netzbetreiber verfügbar. 11 Prozent der Landesfläche sind so genannte „graue Flecken“, also Flächen die von mindestens einem, aber nicht allen Netzbetreibern mit 4G oder 5G versorgt werden. 1,4 Prozent der Landesfläche sind als „weiße Flecken“ bislang weder mit 4G noch mit 5G versorgt. Die Basisdaten zur Mobilfunkversorgung auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen werden im Dashboard www.mobilfunk.nrw auf Basis der Daten des Mobilfunkmonitorings der Bundesnetzagentur quartalsweise aktualisiert.

Wildkatze, Fischotter, Uhu und Co. – Erfolgreiche Rückkehrer und Wegbereiter für den Artenschutz in Nordrhein-Westfalen

Aktiver Artenschutz lohnt sich – das zeigen die Erfolgsgeschichten von Tier- und Pflanzenarten in Nordrhein-Westfalen / Umweltminister Oliver Krischer: Dort, wo wir gezielt helfen, können sich Arten erholen

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr teilt mit:

Das Land Nordrhein-Westfalen schreibt seine Biodiversitätsstrategie fort und weitet den Artenschutz aus, um das heimische Naturerbe zu schützen. Zum „Internationalen Tag der biologischen Vielfalt“ am Donnerstag, 22. Mai 2025, veröffentlicht das Umweltministerium eine Übersicht erfolgreicher Schutzprogramme auf seiner Webseite, die fortlaufend ergänzt werden soll. „Dort, wo wir gezielt helfen, können sich Arten erholen. Das ist wichtiger denn je, um die weltweite Biodiversitätskrise zu brem-



sen. Je mehr Menschen sich für den Umwelt- und Naturschutz begeistern und engagieren, desto mehr haben wir entgegenzusetzen“, sagt Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr.

Die ausgewählten Projekte zeigen, dass ausgestorbene Arten wie der Seeadler zurückkehren und seltene Arten wie die Wildkatze wieder häufiger werden. Artenschutz wird auch ein relevanter Teil der überarbeiteten Biodiversitätsstrategie sein. Rund 44 Prozent der Arten gelten derzeit in Nordrhein-Westfalen als gefährdet. Das Land hat historisch einen erheblichen Artenverlust durch Urbanisierung, industrielle Entwicklung und intensive Landnutzung erlitten. Um dem entgegenzuwirken, fördert das Umweltministerium rund 40 Biologische Stationen, die mehr als die Hälfte der rund 3.300 Naturschutzgebiete des Landes betreuen. Um ihre Arbeit zu stärken, hat das Umweltministerium die Fördermittel aufgestockt und der Naturschutzhaushalt wurde von 37,7 Millionen Euro im Jahr 2022 auf 51,8 Millionen Euro in 2025 erhöht. Die Flächen für freiwillige Naturschutzmaßnahmen von Landwirtinnen und Landwirten erreichten im Jahr 2024 einen neuen Rekord von 43.000 Hektar.

„In einer Zeit, in der andere Themen die Wahrnehmung des Naturschutzes verdrängen, setzen wir bewusst auf mehr Naturschutz. Denn Biodiversität ist die Grundlage für ein funktionierendes Ökosystem auf der Erde, sie macht uns widerstandsfähig gegenüber Umweltveränderungen und Naturkatastrophen“, erklärt Oliver Krischer. Das neue Moorschutz-Fachkonzept leistet einen wichtigen Beitrag dazu, ebenso die Umwelt-Schecks für Ehrenamtliche. Neben den Arten-Hilfsprogrammen sollen zahlreiche weitere Maßnahmen zur Stärkung von Lebensräumen beitragen.

Erfolgreiche Rückkehrer der vergangenen Jahre

Wildkatze: Noch im 19. Jahrhundert durchstreiften die wilden Verwandten unserer Hauskatzen viele Wälder von Nordrhein-Westfalen. Im 20. Jahrhundert brachen ihre Vorkommen in fast allen Regionen zusammen, nur in der Eifel überlebten einige Tiere. Als Lebensraum bevorzugten sie möglichst ungestörte und naturnahe Wälder mit ausreichend Versteckmöglichkeiten für die Aufzucht ihrer Jungtiere und als Schlafplätze. Dafür sind dickes (starkes) Totholz am Boden und zur Jagd auf Mäuse kleine Waldlichtungen nötig. Heute leben in der Eifel etwa 300 bis 500 Wildkatzen, landesweit wird das Vorkommen auf etwa 1.000 Tiere geschätzt. Mit Projekten wie „Wildkatzenwälder von morgen“ sollen ihre Lebensräume aufgewertet und vernetzt werden. Davon profitieren auch viele andere Arten wie Fledermäuse, Spechte oder Amphibien.



Uhu: Der Uhu galt Anfang der 1960er Jahre durch menschliche Verfolgung in Nordrhein-Westfalen als ausgerottet. Ab 1965 erfolgten Aussetzungsprojekte und Schutzmaßnahmen, wie die Sicherung von Felslebensräumen oder der Schutz an Stromleitungen, wodurch eine erfolgreiche Wiederbesiedlung gelang. Heute ist der Uhu in Nordrhein-Westfalen wieder weit verbreitet. Auch in Steinbrüchen und sogar auf Industriebrachen finden wieder Bruten statt.

Fischotter: Seit 1966 galt der Fischotter in Nordrhein-Westfalen als ausgestorben, weil er für sein dichtes Fell und auch sein Fleisch gejagt wurde. Im Münsterland (Heubachwiesen) wurde er seit 2009 wieder nachgewiesen und ab 2013/2014 am linken Niederrhein und im Kreis Steinfurt. Fischotter kehren seitdem nach und nach zurück, weil sich die Wasserqualität von Bächen und Flüssen gegenüber den 70er und 80er Jahren deutlich verbessert hat, Bachabschnitte schrittweise renaturiert werden und der Otter streng geschützt ist und daher nicht mehr bejagt werden darf. Das bundesweite Projekt "Otterland" hilft ihm bei der Rückkehr. Aus NRW ist die Biologische Station Ravensberg im Kreis Herford beteiligt.

Seeadler: Noch vor wenigen Jahrzehnten galt der Seeadler in Nordrhein-Westfalen als ausgestorben – durch Umweltgifte, Jagd und zerstörte Lebensräume. In diesem Jahr brütet sogar erstmals ein Seeadler-Paar erfolgreich im Ruhrgebiet, und das gleich mit drei Jungtieren. „Dass der Seeadler nun auch im dicht besiedelten Ruhrgebiet Nachwuchs aufzieht, ist ein Erfolg für den Artenschutz in Nordrhein-Westfalen“, sagt Umweltminister Oliver Krischer. „Lange war dieser beeindruckende Vogel bei uns verschwunden. Jetzt kehrt er zurück – dank gezielter Schutzprogramme, besserer Lebensräume und dem Engagement vieler Ehrenamtler.“

Lachs: Bis zu 3.000 Kilometer legen Lachse zurück, um nach einigen Jahren im Meer wieder in ihre Geburtsgewässer in Nordrhein-Westfalen zurückzukehren. Dort – in die Kiesgründe der Rheinzuflüsse – legen sie ihre Eier ab. Durch die Verschmutzung und den Verbau der Gewässer und Überfischung galt der Lachs im vergangenen Jahrhundert im Rheinsystem als ausgestorben. Um die Rückkehr von Lachs und Co. zu unterstützen, startete 1998 das Wanderfischprogramm Nordrhein-Westfalen als gemeinsame Initiative des Landes und des Fischereiverbandes NRW. Neben Lachsen profitieren auch weitere Wanderfische wie Nordseeschnäpel, Maifisch und Aal von dem Projekt.

Weitere Informationen:



- Erfolgreiche Arten-Hilfsprogramme in NRW:
<http://www.artenhilfsprogramme.nrw.de/>
- Download für Fotos von Wildkatze, Seeadler, Fischotter und weiteren Arten:
<https://www.umwelt.nrw.de/bildergalerie/bildergalerie-arten>
- Umweltschecks / Bedeutung des Ehrenamtes für den Naturschutz in NRW:
<https://www.umwelt.nrw.de/minister-oliver-krischer-durch-ehrenamt-mehr-naturschutz-und-viele-projekte-moeglich>
- Naturschutz-Fachkonzept zur Wiederherstellung von Mooren in Nordrhein-Westfalen: <https://www.lanuk.nrw.de/fachkonzept-moore-nrw>

Neue Gerichtspartnerschaft zwischen Spanien und Nordrhein-Westfalen unterzeichnet

Das Ministerium der Justiz teilt mit:

Die Justiz in Spanien und Nordrhein-Westfalen vertiefen ihre partnerschaftliche Zusammenarbeit. Der Präsident des Tribunal Superior de Justicia de la Región de Murcia Manuel Luna Carbonell und die Präsidentin des Oberlandesgerichts Hamm Gudrun Schäpers haben am Mittwoch, 21. Mai 2025, im Rahmen einer Delegationsreise von Staatssekretärin Dr. Daniela Brückner eine gemeinsame Erklärung zur Begründung einer langfristig angelegten partnerschaftlichen Zusammenarbeit unterzeichnet.

Staatssekretärin Daniela Brückner: „Die neue Partnerschaft steht für die Werte des Rechtsstaats, Offenheit und Kollegialität über Grenzen hinweg. Der direkte Austausch auf Fachebene fördert das europäische Rechtsverständnis und ermöglicht einen gewinnbringenden Austausch zu aktuellen Herausforderungen der Justiz, wie sie etwa mit der Digitalisierung der Arbeitswelt in Spanien und Deutschland verbunden sind.“

Ziel der Zusammenarbeit ist es, den Austausch zwischen Gerichten in der Europäischen Union zu fördern. Durch regelmäßige Besuche von Richterinnen, Richtern und Justizmitarbeitenden soll das gegenseitige Verständnis gestärkt und fachliches Wissen geteilt werden.



Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit stehen Themen, die für die Zukunftsfähigkeit der Justiz beider Länder von zentraler Bedeutung sind: der Umgang mit Massenverfahren, der Einsatz von Künstlicher Intelligenz und die Digitalisierung von Gerichtsabläufen. Die Gerichte wollen außerdem über innovative Methoden der Streitbeilegung und Mediation sprechen und von ihren Arbeitsweisen gegenseitig lernen.

In die gemeinsame Zusammenarbeit sollen zukünftig auch weitere Gerichte aus den jeweiligen Geschäftsbereichen einbezogen werden.

Weitere Stationen der Delegationsreise sind ein Besuch beim spanischen Verfassungsgericht und Gespräche mit dem Justizministerium Spaniens und dem Consejo General del Poder Judicial (Oberster Justizrat in Spanien).

Als Thema der Delegationsreise steht außerdem die effektive Verfolgung von Gewalt gegen Frauen nach dem Spanischen Modell auf dem Programm der Delegation.

Treffen mit Vertretern der US-Wirtschaft: Ministerpräsident Wüst hebt Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft hervor

Beziehungen zu den USA sollen weiter gestärkt werden / Würdigung des Engagements der US-Unternehmen in Nordrhein-Westfalen

Die Staatskanzlei teilt mit:

Ministerpräsident Hendrik Wüst hat am Dienstag, 20. Mai 2025, Vertreter von führenden US-Unternehmen, darunter Microsoft, Lockheed Martin, 3M, Amazon und Ford sowie die US-Generalkonsulin und den US-Handelskonsul in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen empfangen. Ziel des gemeinsamen Austausches war es, das Engagement der US-Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zu würdigen, insbesondere angesichts der aktuell protektionistischen Handelspolitik der USA. Darüber hinaus soll die Beziehung zu den USA weiter gestärkt werden.

Das Treffen unterstreicht die Bedeutung des transatlantischen Dialogs, den Ministerpräsident Wüst bereits im April 2024 im Rahmen seiner USA-Reise intensiv geführt hat. In den damaligen Gesprächen mit Wirtschaftsvertretern wurden wichtige Impulse für die Zusammenarbeit unter anderem in den Bereichen Künstliche Intelligenz und



Luft- und Raumfahrt gesetzt sowie für den Investitionsstandort Nordrhein-Westfalen geworben.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Die transatlantische Partnerschaft ist für Nordrhein-Westfalen von zentraler Bedeutung. Importzölle gefährden Arbeitsplätze, hemmen Investitionen und bedrohen den Wohlstand in Europa genauso wie in den USA. Statt einer sinnlosen Zollspirale brauchen wir einen offenen Dialog. Nordrhein-Westfalen ist als wirtschaftlich starkes Industrieland auf faire, verlässliche Handelsbeziehungen angewiesen – genauso wie die USA. Die transatlantische Partnerschaft ist daher für uns kein abstraktes Konzept, sondern gelebte Realität, durch Investitionen, Kooperationen und persönliche Kontakte. Vor allem das US-Generalkonsulat in Düsseldorf ist für die Landesregierung von großem Wert, als direkter Ansprechpartner, aber auch als Brückenbauer für nordrhein-westfälische Unternehmen, die auf beiden Seiten des Atlantiks investieren. Nur durch Zusammenarbeit entstehen Innovation, Vertrauen und nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg. Unser Ziel ist deshalb klar: eine Rückkehr zu partnerschaftlicher Kooperation und offenen Märkten.“

Nordrhein-Westfalen ist mit seiner exportorientierten Wirtschaft von einem funktionierenden Welthandel abhängig und auf verlässliche Handelsbeziehungen angewiesen. Sieben Prozent der Exporte aus Nordrhein-Westfalen gehen in die USA. Das Land ist aber auch darüber hinaus durch wirtschaftliche Verflechtungen indirekt von der weltweiten Zollpolitik der US-Regierung betroffen. Die Beeinträchtigungen durch die Zölle dürften vor allem mittel- und langfristig erfolgen, sollte sich keine Deeskalation im Handelskonflikt erreichen lassen. Die Landesregierung setzt sich deshalb gegenüber der EU auf allen Ebenen dafür ein, dass die Interessen der nordrhein-westfälischen Industrie und der Beschäftigten entschlossen vertreten werden.

Bilaterale Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und den USA

Die USA sind nach den Niederlanden und China der drittgrößte Handelspartner von Nordrhein-Westfalen. Das Handelsvolumen beläuft sich auf 32,9 Milliarden Euro, wovon 17,4 Milliarden Euro auf den Import und 15,5 Milliarden Euro auf den Export entfallen. In Nordrhein-Westfalen sind rund 1.800 US-Unternehmen mit ca. 200.000 Mitarbeitern angesiedelt. Es bestehen 260 Hochschulkooperationen, 110 Schulpartnerschaften sowie 33 kommunale Kooperationen und Städtepartnerschaften.



Startschuss für die Zukunftsdörfer Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath in der Stadt Erkelenz

Ministerin Scharrenbach: Die Bagger bleiben fern, das Herz bleibt – hier – zusammen gestalten wir das Rheinische Revier

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen teilt mit:

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen hat am Dienstag, 20. Mai 2025, gemeinsam mit der Stadt Erkelenz und der RWE Power AG eine Vereinbarung geschlossen, um die fünf Dörfer Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath in der Stadt Erkelenz zu revitalisieren.

„Zukunft mit Herkunft: Für die Orte Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath in der Stadt Erkelenz haben wir einen wichtigen Meilenstein für die Entwicklung zu Zukunftsdörfern erreicht. Die Wiederbelebung der fünf Dörfer in Erkelenz ist eine herausfordernde städtebauliche, infrastrukturelle, finanzielle sowie mehrjährige Aufgabe mit einmaligen Fragestellungen: Die an das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Erkelenz gerichtete Aufgabenstellung ist umfassend und reicht von der Analyse und gegebenenfalls Revitalisierung der Bausubstanz einschließlich der Baudenkmäler, ergänzender Neubebauung, der Erneuerung der Infrastruktur- und Gemeinschaftseinrichtungen bis hin zur Gestaltung des Prozesses für eine erfolgreiche Umsetzung. Die Bagger bleiben fern, das Herz bleibt hier – zusammen gestalten wir das Rheinische Revier“, sagt Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung.

Durch den Erhalt bestehender Qualität und Strukturen der Ortsbilder bleibt den fünf Dörfern ihre charakteristische Identität erhalten. Im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit steuert die Stadt Erkelenz federführend die zukünftige Entwicklung der fünf Dörfer sowie den Prozess der Revitalisierung. Die Erarbeitung eines städtebaulichen Entwicklungskonzeptes wurde im Frühsommer 2025 fertiggestellt und soll den Bürgerinnen und Bürgern nun vorgestellt werden. Die Infrastruktur der fünf Dörfer (beispielsweise Straßen, Plätze, Grünanlagen, Beleuchtung sowie Entwässerung) erwirbt und erneuert die Stadt Erkelenz mithilfe der vom Land Nordrhein-Westfalen und des Bundes zur Verfügung gestellten Fördermittel. Um den Wiederaufbau und die



Zukunftsentwicklung aller sechs Dörfer im Rheinischen Revier voranzutreiben, stehen Finanzmittel des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von insgesamt 300 Millionen Euro auf der Grundlage des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) bereit.

Stephan Muckel, Bürgermeister der Stadt Erkelenz: „Das Ziel der Stadt Erkelenz ist eine zügige, qualitätsvolle Revitalisierung der fünf Erkelenzer Dörfer Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath. Ich freue mich sehr, dass mit der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, der RWE Power AG und der Stadt Erkelenz ein wichtiger Grundstein im Prozess für die zukunftsgerichtete, nachhaltige Dorfentwicklung gelegt wird. Durch die nun folgende Vermarktung der Liegenschaften werden erste Schritte der Revitalisierung in den Dörfern sichtbar.“

Dr. Lars Kulik, Vorstandsmitglied der RWE Power AG: „Das gemeinsam mit Stadt und Land entwickelte Liegenschaftsmodell für die Übertragung der Grundstücke und Häuser in den Dörfern trägt mit dazu bei, das Entwicklungskonzept der Stadt erfolgreich umzusetzen. RWE erfüllt damit ihre Zusage aus der politischen Verständigung zum Kohleausstieg 2030. Mein Dank gilt der Stadt und dem Land für die konstruktive Zusammenarbeit und insbesondere den Menschen, die mit uns vor fast zehn Jahren den emotionalen Umsiedlungsprozess begonnen haben und nun mit der Revitalisierung gemeinsam zu einem erfolgreichen Ende führen werden.“

Die Stadt Erkelenz plant, neben dem Erwerb bestehender Infrastrukturen auch Liegenschaften zu erwerben, die für die künftig erforderliche soziale Infrastruktur von Bedeutung sind. Darüber hinaus sollen weitere Liegenschaften an den von der Stadt Erkelenz benannten Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler übertragen werden.

Weitere Eigentumsflächen und Immobilien, die im Eigentum der RWE Power stehen, werden an sonstige Dritte veräußert. Ehemalige Umsiedlerinnen und Umsiedler sowie deren Kinder erhalten ein Vorkaufsrecht der ehemaligen Liegenschaft. Dieser Prozess soll 2025 abgeschlossen werden. Wunsch der Stadt Erkelenz ist es, dass vorrangig ehemalige Einwohnerinnen und Einwohner der fünf Dörfer sowie Einwohnerinnen und Einwohner ihrer Stadt und dort Berufstätige die Chance erhalten, eine Immobilie zu erwerben.

Hintergrund



- Im Auftrag des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen entwickelten die beiden Landesgesellschaften „Perspektive. Struktur. Wandel“ und „Starke Projekte“ mit Akteuren der Stadt Erkelenz sowie des Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler die Leitplanken für die Wiederbelebung. Der Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler wurde von den Anrainerkommunen Mönchengladbach, Erkelenz, Jüchen, Grevenbroich und Titz gegründet. Die Umsetzung des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes ermöglicht die RWE Power AG durch die Übertragung von Liegenschaften zu angemessenen Konditionen.
- Zwischen Bund, Land und RWE erfolgte im Oktober 2022 die politische Verständigung, dass die Orte Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath nicht mehr bergbaulich in Anspruch genommen werden und RWE die Liegenschaften in den Orten dem Land Nordrhein-Westfalen, der Kommune oder einem von diesen beauftragten Dritten zur Entwicklung und Revitalisierung zu angemessenen Konditionen zur Verfügung stellt. Die Leitentscheidung „Meilenstein für den Klimaschutz, Stärkung der Versorgungssicherheit und Klarheit für die Menschen in der Region“ des Landes Nordrhein-Westfalen vom 19. September 2023 hat den landespolitischen Rahmen dafür gesetzt.
- Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen ist landesseitig dafür zuständig, die Dörfer, die vom Bergbau nicht mehr in Anspruch genommen werden, zu revitalisieren. Dazu gehört neben den fünf Dörfern in Erkelenz Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath auch Morschenich-Alt (das heutige Bürgewald) in Merzenich.
- Bund und Land unterstützen die nachhaltige Transformation des Rheinischen Reviers im Zuge des Kohleausstiegs mit mehr als 14,8 Milliarden Euro. Das Land Nordrhein-Westfalen flankiert die Förderung aus Bundesmitteln mit eigenen Haushaltsmitteln. Bislang sind 317 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 2,2 Milliarden Euro bewilligt.



Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen: Fachkräfte ausbilden – erfolgreiche Berufsabschlüsse im Fokus

Partner im Ausbildungskonsens wirken gemeinsam darauf hin, dass Auszubildende ihre Ausbildung erfolgreich abschließen

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilt mit:

In ihrem Spitzengespräch am Dienstag, 20. Mai 2025, haben die Vertreter des Ausbildungskonsenses beraten, wie erfolgreiche Berufsabschlüsse unterstützt und Ausbildungsabbrüchen vorgebeugt werden kann. Denn wer seine berufliche Ausbildung erfolgreich abschließt, wird zur Fachkraft. Dies befähigt Menschen zum einen, ein eigenverantwortliches und auskömmliches Leben zu führen. Zum anderen sichert dies zu einem großen Teil den Wohlstand der Gesellschaft als Ganzes. Der Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen wirkt daher kontinuierlich darauf hin, dass alle interessierten jungen Menschen eine Ausbildung beginnen und auch erfolgreich abschließen können.

Bis Ende April 2025 haben sich 86.215 junge Menschen bei den Arbeitsagenturen für eine berufliche Ausbildung beworben. Das sind über 3.000 mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres und fast 4.700 mehr als Ende April 2023.

Ausbildungsinteressierten jungen Menschen, Auszubildenden und Betrieben stehen inzwischen zahlreiche Angebote zur Unterstützung für verschiedene Herausforderungen zur Verfügung. Dazu gehören zum Beispiel die Assistierte Ausbildung (AsA), Berufssprachkurse für Auszubildende (Azubi-BSK), die Flexibilisierungsmöglichkeiten im Rahmen dualer Ausbildung (zum Beispiel Verlängerung der Ausbildungszeit), die theoriereduzierte Ausbildung für Teilgruppen der Menschen mit Behinderung oder die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE). Die Partner im Ausbildungskonsens haben bei ihrem heutigen Treffen festgestellt, dass zu wenige dieser Angebote bei den Auszubildenden und den Betrieben ankommen. Die Angebote müssen vor Ort noch stärker präsent und praktikabler in der Umsetzung gemacht werden. So kennen laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nur sieben Prozent der Ausbildungsbetriebe die von der Bundesagentur für Arbeit geförderte Assistierte Ausbildung.

Trotz erheblicher Bedarfe und einer Bundesförderung kommen zudem aktuell kaum Berufssprachkurse für Auszubildende zustande. In vielen Fällen kommt es bei der



Einrichtung der Kurse zu Verzögerungen und Hinderungen aufgrund langwieriger Prozesse und bürokratischer Hürden über mehrere Behörden und Ebenen. Die Partner im Ausbildungskonsens sind sich einig, dass die Sprachförderung für einige Auszubildende ein wesentlicher Schlüssel zu einem erfolgreichen Berufsabschluss ist.

Mit dem heutigen Beschluss „Fachkräfte ausbilden – erfolgreiche Berufsabschlüsse im Fokus“ haben die Partner im Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen das Ziel festgelegt, die Kenntnis über die unterschiedlichen Angebote zur Unterstützung von Ausbildungsverhältnissen sowie zur Begleitung bei Schwierigkeiten während der Ausbildung vor Ort zu erhöhen und die Strukturen der Zusammenarbeit weiter zu stärken. Hierfür setzen sie auch auf die regionalen Ausbildungskonsense in Nordrhein-Westfalen, indem die Umsetzungsmöglichkeiten in allen Regionen des Landes verbessert werden sollen.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: „Es ist gut, dass sich immer mehr junge Menschen wieder für eine berufliche Ausbildung interessieren. Wer eine Ausbildung erfolgreich abschließt, hat sehr gute Karten auf dem Arbeitsmarkt. Mit dem erfolgreichen Abschluss ihrer Ausbildung sind die jungen Menschen zugleich die Fachkräfte von morgen, die wir so dringend benötigen. Darum bin ich froh darüber und dankbar dafür, dass jeder der im Ausbildungskonsens vertretenen Partner in seinem Bereich seinen Beitrag für erfolgreiche Berufsabschlüsse leisten will. Neben der Fachkräfteoffensive NRW, ist dies ein weiterer wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung in Nordrhein-Westfalen.“

Mona Neubaur, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie und stellvertretende Ministerpräsidentin: „Es ist ein gutes Zeichen, dass sich wieder mehr junge Menschen für eine Ausbildung entscheiden – das zeigt, dass unser gemeinsames Engagement Wirkung zeigt. Wir wollen, dass junge Menschen ihre Stärken entfalten und selbstbewusst ins Berufsleben starten können. Dafür braucht es klare Informationen, passgenaue Unterstützung und – wenn nötig – Sprachförderung. Wichtig ist: Wir brauchen beides – berufliche und akademische Bildung. Nur so bringen wir Innovationen wirklich in die Praxis. Unser Ziel ist klar: Jeder junge Mensch, soll die Hilfe bekommen, die er braucht – wir können es uns schlicht und ergreifend nicht erlauben Potentiale liegen zu lassen. Der Ausbildungskonsens NRW hilft dabei, die vorhandenen Angebote bekannter zu machen und leichter zugänglich zu gestalten – für die Fachkräfte von morgen und eine starke Zukunft unseres Landes.“



Ina Brandes, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: „Eine gute Bildung und Ausbildung ist der Schlüssel für ein erfolgreiches Leben. Besonders in den MINT-Fächern brauchen wir Nachwuchskräfte – sowohl mit akademischem als auch mit beruflichem Abschluss. Die Ausbildung junger Menschen zu qualifizierten Fachkräften ist die entscheidende Zukunftsfrage, ob wir unseren Wohlstand und unsere soziale Sicherheit werden halten und mehren können.“

Dorothee Feller, Ministerin für Schule und Bildung: „Die Schülerinnen und Schüler von heute sind die Fachkräfte von morgen – und es ist sehr wichtig, dass wir allen, die eine Ausbildung anstreben, beste Voraussetzungen bieten, um in ein Berufsleben zu starten, das ihnen Spaß macht und ihren Interessen entspricht. Dabei ist die Zusammenarbeit der Partner im Ausbildungskonsens von zentraler Bedeutung, um verzahnte Angebote der Institutionen im Übergang Schule und Beruf, aber auch während der Berufsausbildung zu schaffen. Die Erweiterung von Praxisphasen im Übergangssektor, der Einsatz von Übergangslotsen und stärkere dualisierte Bildungsgänge sind bereits gute Beispiele für eine gelungene Kooperation. Wir arbeiten ständig daran, den Übergang von der Schule in den Beruf weiter zu verbessern.“

Roland Schüßler, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit: „In Nordrhein-Westfalen nehmen junge Menschen die duale Ausbildung als verlässlichen Weg in den Beruf wahr. Auch in diesem Jahr liegt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber über der des Vorjahres. Diese Entwicklung freut uns sehr. Eine Herausforderung ist es, junge Menschen nicht nur zu orientieren und in Ausbildung zu bringen, sondern sie auch auf dem Weg zum erfolgreichen Abschluss zu begleiten. Der Einstieg allein reicht nicht – entscheidend ist, dass die Ausbildung auch zu Ende geführt wird. Die Agenturen für Arbeit setzen deshalb verstärkt auf langfristige Begleitung und Nachbetreuung, sobald eine Ausbildung begonnen worden ist. Sie helfen Jugendlichen und Betrieben, rechtzeitig Hürden zu erkennen und Lösungen zu finden. Nur wenn Orientierung, Einstieg und Durchhalten zusammenkommen, wird Ausbildung zum Erfolg.“

Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW: „So erfreulich es ist, dass mehr junge Menschen eine Ausbildung beginnen wollen, so besorgniserregend ist die sinkende Zahl angebotener Stellen. Zu viele Jugendliche gehen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer aus und auch die Zahl derer, die ihre Ausbildung abbrechen,



ist erschreckend hoch. Im Ergebnis verbleiben 750.000 junge Menschen in Nordrhein-Westfalen dauerhaft ohne Berufsausbildung. Damit dürfen wir uns nicht abfinden! Es müssen sich wieder mehr Unternehmen an der Ausbildung beteiligen. Und sie müssen mehr Verantwortung für ihre Azubis übernehmen und die Ausbildungsqualität verbessern, damit es zu weniger Ausbildungsabbrüchen kommt. Unsere regelmäßigen Befragungen zeigen: Die jungen Menschen sind in aller Regel motiviert und flexibel, sie brauchen aber eine faire Chance und die notwendige Unterstützung durch den Ausbilder.“

Arndt G. Kirchhoff, Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw): „Die hohe Zahl junger Menschen ohne Berufsabschluss kann uns alle nicht unberührt lassen. Ein fehlender Berufsabschluss erschwert den weiteren Lebensweg und die gesellschaftliche Teilhabe. Dies kann spürbare Auswirkungen auch auf den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft haben. Gleichzeitig ist das eine schlechte Nachricht für unsere Unternehmen, da sie auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen sind. Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen übernimmt Verantwortung, um das zu ändern: durch aktive Berufsorientierung, Investitionen in Ausbildungsqualität und die Qualifizierung Ungelernter. Doch wirtschaftliches Engagement allein genügt nicht. Wir brauchen auch eine Bildungsoffensive, die in der Kita beginnt, die Schulqualität deutlich verbessert und auch danach Chancen eröffnet. Ich begrüße, dass der Ausbildungskonsens NRW dazu seinen Beitrag leistet.“

Ralf Stoffels, Präsident der IHK NRW: „Das Fundament für einen erfolgreichen Berufsabschluss wird lange vor dem ersten Tag im Ausbildungsbetrieb gelegt. Persönliche und schulische Grundlagen sowie eine gute Berufsorientierung sind zentrale Berufsstartkompetenzen. Sie sind entscheidend, damit junge Menschen ihre duale Ausbildung erfolgreich meistern. Die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen engagieren sich stark – sie brauchen dafür verlässliche Rahmenbedingungen und praxisnahe Unterstützung. Wichtig ist, dass Hilfsangebote unbürokratisch, wirksam und vor Ort verfügbar sind, wenn junge Menschen auf dem Weg zur Berufsstartkompetenz Begleitung benötigen. Daran arbeiten wir gemeinsam im Ausbildungskonsens.“

Rüdiger Otto, Präsident Unternehmerverband Handwerk NRW: „Eine erfolgreiche Gesellen- beziehungsweise Abschlussprüfung am Ende der Ausbildung ist den Ausbildungsbetrieben im Handwerk ausgesprochen wichtig. Denn das ist das Ziel jeder betrieblichen Ausbildung im Sinne von Betrieben und Auszubildenden. Wir müssen



gemeinsam mehr tun, um erfolgreiche Berufsabschlüsse zu fördern. Denn wir brauchen alle jungen Menschen, die sich für eine Ausbildung im Handwerk entschieden haben, später als Fachkräfte. Einen besonderen Fokus richten wir gerade auf das Förderinstrument AsA flex der Arbeitsagenturen, das viel mehr Ausbildungsbetriebe zur Unterstützung leistungsschwächerer Auszubildende kennen und nutzen müssen."

Andreas Ehlert, Präsident von HANDWERK.NRW: „Es ist erfreulich, dass das Interesse junger Menschen an einer beruflichen Ausbildung wächst. Das zeigt: Die duale Ausbildung ist attraktiv, modern und öffnet zahlreiche Türen für den weiteren Karriereweg. Gemeinsam mit der Landesregierung wollen wir daran arbeiten, dass die sinnvollen Unterstützungsangebote für Auszubildende und Betriebe in der Breite noch besser ankommen. Das Handwerk braucht heute und in Zukunft Auszubildende, die zu Fachkräften, Führungskräften oder Betriebsinhabern werden.“

Berthold Schröder, Präsident Westdeutscher Handwerkskammertag: „Die grundlegenden Berufsstartkompetenzen auf der Basis frühkindlicher und schulischer Bildung müssen sich deutlich verbessern. Sie sind die Grundlage für eine erfolgreiche duale Ausbildung und Voraussetzung für den Besuch einer Berufsschule. Mit diesem Hauptfokus gehen wir weit über die Handlungsmöglichkeiten des Ausbildungskonsenses hinaus. Im Interesse der Fachkräftesicherung für das Handwerk müssen wir alle Regelinstrumente im Ausbildungssystem nutzen und gleichermaßen bekannter machen, um den erfolgreichen Abschluss der Ausbildung zu fördern.“

Hartmut Krabs-Höhler, Vorsitzender Freie Wohlfahrtspflege NRW: „Eine gute Ausbildung ist der Schlüssel zum Erfolg im Beruf. Wir begrüßen daher die Initiativen, junge Menschen für eine Ausbildung zu begeistern und Ausbildungsbetriebe dafür zu stärken. Wir können es uns nicht leisten, Jugendliche am Übergang Schule Beruf zu verlieren, weil sie sich nicht ausreichend informiert fühlen. Für die Gesundheits- und Sozialberufe in Nordrhein-Westfalen müssen wir passgenaue Angebote am Übergang von Schule und Beruf entwickeln. Das ist zentral für das Gelingen der Fachkräfteteoffensive.“

Bernd Zimmer, Vorsitzender FREIE BERUFE NRW: „Eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung ist ein exzellenter Weg in ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben. Er ist Erfolgserlebnis und stärkt das Selbstbewusstsein. Wir tun gut daran, Auszubildenden die bestmögliche Unterstützung zu geben, um diesen



Schritt erfolgreich gehen zu können. Es ist daher unverzichtbar, die Unterstützungsangebote niederschwellig und strukturiert verfügbar zu machen, um erfolgreiche Abschlüsse – von Seiten aller Beteiligten - aktiv zu unterstützen. Die Freien Berufe unterstützen die Aktivitäten der Landesregierung und werden ihren Beitrag auch in Zukunft über Angebote der Kammern beisteuern und unser Engagement unermüdlich fortsetzen, das Niveau der herausragenden Auszubildendenzahlen stabil zu halten.“

Helmut Dedy (Hauptgeschäftsführer Städtetag NRW), Dr. Martin Klein (Hauptgeschäftsführer Landkreistag NRW) und Christof Sommer (Hauptgeschäftsführer Städte- und Gemeindebund NRW): „Auch die Kommunen in Nordrhein-Westfalen benötigen dringend qualifizierte Fach- und Arbeitskräfte. Wir können es uns nicht leisten, junge Menschen auf dem Weg zu einem Abschluss einer beruflichen Ausbildung und damit dem Weg in die Arbeitswelt zu verlieren. Zielgenaue Unterstützungsangebote bei drohenden Ausbildungskrisen sind ein Schlüssel für erfolgreiche Berufsabschlüsse.“

Hintergrund Ausbildungskonsens NRW und regionale Ausbildungskonsense

Der Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen ist das Spitzengremium von Landesregierung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kammern und Freien Berufen, der Bundesagentur für Arbeit und den Wohlfahrts- sowie den Kommunalen Spitzenverbänden, das wichtige Weichenstellungen im Bereich berufliche Orientierung, Ausbildung und Fachkräftesicherung legt.

Der Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen trifft sich regelmäßig auf Spitzenebene und mehrmals im Jahr auf Arbeitsebene.

Die regionale Umsetzung erfolgt auf der Ebene der 16 IHK-Bezirke in den regionalen Ausbildungskonsensen in Zusammenarbeit der zuständigen Partnerorganisationen.

Hintergrund Fachkräfteoffensive

Die Fachkräfteoffensive der Landesregierung hat das Ziel, mit neuen, verbesserten und verstetigten Angeboten und Kooperationen dem akuten und drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Die berufliche Bildung und der Übergang von der Schule in den Beruf sind dabei zentrale Handlungsfelder.

Hintergrund Angebote zur Unterstützung

Weitere Informationen zur Assistierte Ausbildung (AsA) finden Sie unter

<https://www.arbeitsagentur.de/bildung/ausbildung/assistierte-ausbildung-machen>



Weitere Informationen zu den Berufssprachkursen für Auszubildende (Azubi-BSK) finden Sie unter

<https://www.bamf.de/DE/Themen/Integration/ZugewanderteTeilnehmende/AzubiBSK/azubi-bsk-node.html>

Landesregierung bekräftigt Unterstützung für Olympische und Paralympische Spiele an Rhein und Ruhr

Die Landesregierung teilt mit:

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat in einem Kabinettsbeschluss am Dienstag, 20. Mai 2025, ihre Unterstützung für Olympische und Paralympische Spiele an Rhein und Ruhr bekräftigt. Damit setzt die Landesregierung ein klares Zeichen für die Fortführung und Konkretisierung der gemeinsamen Bewerbung.

„Nordrhein-Westfalen ist bereit. Wir bringen Begeisterung, Erfahrung und die nötige Infrastruktur mit, um Olympische und Paralympische Spiele nachhaltig und auf höchstem Niveau auszurichten“, so Ministerpräsident Hendrik Wüst. „Sport ist in Nordrhein-Westfalen tief verwurzelt. Woche für Woche füllen Sportfans die Arenen, Tag für Tag trainieren Millionen gemeinsam in Sportvereinen. Wir wollen, dass die besten Athletinnen und Athleten der Welt hier, im Sportland Nummer 1, ihren großen Moment erleben – getragen von einer Region, die großen Sport liebt und kann.“

„Olympische und Paralympische Spiele sind mehr als Sport – sie sind ein globales Signal für Offenheit, Vielfalt und Zusammenhalt“, betonte die Stellvertretende Ministerpräsidentin Mona Neubaur. „Nordrhein-Westfalen will diese Bühne nutzen, um zu zeigen, wie Mobilität, Bildung, Klimaschutz und Digitalisierung in einer modernen Gesellschaft zusammenspielen. Ein Fest des Sports, das Impulse gibt – für Städte, Wirtschaft und Menschen. Mitten in Europa, mitten im Wandel. Olympisch denken. Nachhaltig handeln.“

Nordrhein-Westfalen ist Sportland Nummer 1: Rund 500.000 Menschen engagieren sich ehrenamtlich im Sport. Der Landessportbund NRW verfügt durch seine 130 Mitgliedorganisationen und 17.450 Sportvereine über mehr als fünf Millionen Mitglieder.



Der Großteil der für Olympische und Paralympische Spiele benötigten Sportstätten steht zudem bereits zur Verfügung. Nordrhein-Westfalen ist regelmäßig Gastgeber von internationalen Sportgroßevents – in wenigen Wochen finden hier mit den FISU World University Games die „Olympischen Spiele“ der Studierenden statt. Sie sind das größte Multisportevent der Welt im Jahr 2025.

Die Landesregierung unterstützt die Vision Olympischer und Paralympischer Spiele in Nordrhein-Westfalen seit Beginn der Planungen. Mit dem Beitritt zum Memorandum of Understanding des DOSB am 28. November 2023 hat Nordrhein-Westfalen seine Bereitschaft zur Austragung bekräftigt. Auch der Landtag hat sich 2019 und 2024 fraktionsübergreifend für eine Bewerbung ausgesprochen.

Am Mittwoch, 28. Mai 2025, wird Ministerpräsident Wüst gemeinsam mit den Spitzen der beteiligten Städte offiziell die Bewerbung beim Deutschen Olympischen Sportbund vorstellen und Eckdaten im Rahmen eines Pressetermins nennen. Das Konzept entsteht in enger Zusammenarbeit mit Kommunen, Fachleuten und Athletinnen und Athleten. Viele Städte der Region haben bereits Ratsbeschlüsse zur Unterstützung der Bewerbung gefasst – unter dem Vorbehalt der Finanzierung und Bürgerbeteiligung.

Bis Ende Mai sind die interessierten Austragungsorte vom DOSB aufgefordert, ihre Konzepte einzureichen. Dieser prüft bis Ende September, ob die Konzepte die operativen Mindestanforderungen erfüllen und stellt die Ergebnisse auf seiner Mitgliederversammlung im Dezember 2025 vor.

Länderübergreifende Zusammenarbeit der Agrarressorts: Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und die Niederlande beim Dreiländertreffen in Hengelo

Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz teilt mit:

In wichtigen Themen der Landwirtschaft, der Ernährungssicherheit und auch der Tiergesundheit stehen die Niederlande, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen vor vergleichbaren Aufgaben. Als landwirtschaftliche Regionen mit einem regen Warenaustausch untereinander kooperieren die drei Länder deshalb schon seit vielen Jah-



ren miteinander. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit haben sich die Landwirtschaftsministerin des Landes Nordrhein-Westfalen Silke Gorißen und die Landwirtschaftsministerin des Landes Niedersachsen Femke Wiersma sowie Staatssekretär Dr. Michael Marahrens, ebenfalls Niedersachsen, zum diesjährigen sogenannten Dreiländertreffen auf Einladung der niederländischen Landwirtschaftsministerin in Hengelo zusammengefunden. Dabei ging es um aktuelle politische Entwicklungen und Ziele der Agrarressorts.

„Unsere Länder sind wichtige Partner – auch im Agrarbereich“, so Ministerin Silke Gorißen. „Wir sind wirtschaftlich und kulturell eng und freundschaftlich miteinander verbunden und bilden eine starke Region im Herzen Europas. Uns vereinen eine Vielfalt an traditionellen Agrarunternehmen und -produkten, aber auch die Innovationen und kreativen Impulse, die aus unseren Ländern kommen.“

Nach einem Rundgang im Agrarinnovationszentrum „De Marke“, bei dem die Wageningen University & Research die neuesten Entwicklungen in den Bereichen Präzisionslandwirtschaft, künstliche Intelligenz und Robotik vorstellte, ging es über zum Gespräch. Dabei wurden Themen wie Innovationen in der Landwirtschaft, landwirtschaftliche Emissionen, Düngertransporte, Tiergesundheit und Tierseuchenbekämpfung sowie Möglichkeiten der Verbesserung des Tierschutzes beim Tiertransport besprochen.

Die Kooperation in Krisenfällen wurde ebenfalls thematisiert. Die drei Länder tauschen sich bereits regelmäßig im Bereich der Tierseuchenprävention und Tierseuchenbekämpfung aus. Ein gutes Beispiel ist die langjährige bewährte Zusammenarbeit zwischen den Überwachungsbehörden bei der Kontrolle grenzüberschreitender Wirtschaftsdüngertransporte. Darüber hinaus sprachen die Politikerinnen und Politiker über die Rolle der regionalen Landwirtschaft bei der Sicherung der Ernährungssouveränität. Auch auf die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die 2028 in Kraft tritt, blickten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Gemeinsam wollen sie sich in Brüssel für ein bürokratiearmes, effizientes und nachhaltiges Unterstützungssystem einsetzen.

Ministerin Gorißen betonte: „Wir blicken auf ein wertvolles und konstruktives Treffen zurück, bei dem wir weitere Schritte zur Stärkung der Landwirtschaft in unseren Grenzregionen unternommen haben.“



Das Dreiländertreffen findet seit vielen Jahren in regelmäßigen Abständen statt. Zuletzt trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter 2023 auf Einladung Niedersachsens anlässlich der Messe Agritechnica in Hannover. In diesem Jahr hat die niederländische Ministerin eingeladen. Ende März hatte Ministerin Gorißen bereits eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit im Bereich Landwirtschaft, Forsten, Tiergesundheit und Lebensmittelqualität mit dem niederländischen Landwirtschaftsministerium und den Provinzen Overijssel, Gelderland, Limburg und Noord-Brabant unterzeichnet.

Gemeinsam stärker: Studienangebot der Hochschule Bochum für akademische Pflege und Gesundheitsfachkräfte soll ausgeweitet werden

Ministerin Brandes lobt Fortschritt beim Zusammenschluss der Hochschule Bochum und der Hochschule für Gesundheit

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:

Seit Anfang des Jahres wachsen die Hochschule für Gesundheit und die Hochschule Bochum zusammen. Unter dem Namen „Hochschule Bochum“ ist in den vergangenen Monaten eine Hochschule mit fast 10.000 Studentinnen und Studenten und den Schwerpunkten Technik, Wirtschaft und Gesundheit entstanden. Im vergangenen Jahr hatte der Landtag mit einem Gesetz zur Stärkung des Hochschulstandorts Bochum im Bereich des Gesundheitswesens die rechtliche Grundlage für den Zusammenschluss geschaffen. Zum 1. Januar 2025 ist das Gesetz in Kraft getreten.

Beim Jahresempfang am Dienstag, 20. Mai 2025, stellte die Hochschule das erweiterte Studienangebot vor, das insbesondere in den Gesundheitsfachbereichen „Pflege-, Hebammen-, Therapiewissenschaft“ sowie „Gesundheitswissenschaften“ geplant ist. Ab dem Wintersemester 2025/26 soll das neue Studienangebot zur Verfügung stehen.

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „Ich bin sehr beeindruckt, wie motiviert und wie zügig sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Hochschulen nach dem Zusammenschluss neu aufgestellt haben. Der Ausbau des Studienangebotes stärkt den Wissenschaftsstandort Bochum und wird einen großen Beitrag für die Ausbil-



„... dung hochqualifizierter, akademischer Fachkräfte in den Gesundheits- und Pflegeberufen leisten. Von guter Versorgung, Betreuung und qualifizierter Pflege durch exzellent ausgebildete Fachkräfte profitieren alle Menschen in Nordrhein-Westfalen.“

Prof. Dr. Andreas Wytzisk-Arens, Präsident der Hochschule Bochum: „Wir sehen bereits jetzt – nach nur 140 Tagen –, dass der Zusammenschluss ein richtiger und wichtiger Schritt hin zu mehr Resilienz, Zukunftsfähigkeit und Innovationskraft unserer neuen gemeinsamen Hochschule sein wird. Wir betrachten den Zusammenschluss nicht als Sprint, sondern als Langstreckenlauf. Neben den technischen und organisatorischen Herausforderungen, die wir in den nächsten Monaten bewältigen möchten, steht nun vor allem das kulturelle Zusammenwachsen im Mittelpunkt.“

Zu dem erweiterten Studienangebot sollen drei neue weiterqualifizierende Bachelorstudiengänge für Logopädie, Ergo- und Physiotherapie zählen, die sich an Therapeuten richten, die an Fachschulen ausgebildet wurden. Der Masterstudiengang Therapiewissenschaften soll eine vertiefte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit therapeutischen Berufen ermöglichen. Zusätzlich ist geplant, das Studienangebot auf dem Gesundheitscampus um die innovativen und interdisziplinären Bachelorstudiengänge „Gesundheitsbezogene Soziale Arbeit“ und „Gesundheitswissenschaften“ sowie den Masterstudiengang „Pflege- und Gesundheitspädagogik“ zu ergänzen. Gleichzeitig arbeiten die technischen Fachbereiche an gesundheitsbezogenen Vertiefungen in ihren Studiengängen.

Neben der Entwicklung von neuen Studiengängen steht seit dem Zusammenschluss der reibungslose Übergang für die Studierenden im Vordergrund. Gegen den regionalen Trend und stabil zum Vorjahr haben insgesamt 350 Bachelor- und Masterstudierende zum Sommersemester 2025 ein Studium an der Hochschule aufgenommen.

Intern stand die Zusammenführung der Verwaltungseinheiten im Vordergrund. Es wurden neue Abteilungsstrukturen geschaffen, um Aufgabenbereiche skalierbarer und fachlich differenzierter besetzen zu können, etwa die Bereiche Personalentwicklung, akademisches Qualitätsmanagement oder das IT-Projektmanagement.

Außerdem wurde mit der „BO Akademie“ eine zentrale Betriebseinheit für außercurriculare und verpflichtende Orientierungs- und Bildungsangebote geschaffen, die heute ein breiteres Spektrum an Kursen, Workshops und Beratungen für Studierende



und Lehrende bündelt als zuvor sowie Weiterbildungsangebote für Externe bereitstellt.

Auch die Außendarstellung ist bereits zusammengewachsen. Ein neues Logo, eine zusammengefügte Website und migrierten Social-Media-Kanäle sorgen für einen einheitlichen Auftritt.

Hintergrund

Die Hochschule Bochum umfasst nach dem Zusammenschluss jetzt drei Standorte: den Zentralcampus und den Gesundheitscampus in Bochum sowie den Campus Velbert/Heiligenhaus. Alle Arbeitsplätze in Forschung und Lehre und Verwaltung sind erhalten geblieben.

Der Zusammenschluss der beiden Hochschulen wird maßgeblich dazu beitragen, das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Ziel von mehr akademisch ausgebildeten Fachkräften im Gesundheitsbereich zu erreichen. Zudem sollen die Bereiche interdisziplinäre Forschung und Transfer an den Schnittstellen zwischen Gesundheit, Wirtschaft und Technik durch die Bündelung der Ressourcen weiter ausgebaut werden.

Die Notwendigkeit einer Neuorganisation ergab sich auch aus der Größe der Hochschule für Gesundheit. Mit 1900 Studierenden war sie die deutlich kleinste Hochschule in Nordrhein-Westfalen. Die in Nordrhein-Westfalen geltende Hochschulautonomie stellt hohe Anforderungen an Organisationsstrukturen, die für eine so kleine Hochschule kaum leistbar sind. Durch die Neuauflistung der akademischen Qualifizierung in den Pflege- und Gesundheitsberufen am Gesundheitscampus wird der Wissenschaftsstandort Bochum langfristig gestärkt.

Nordrhein-Westfalen bringt Gesetzentwurf zur Stärkung des Gewaltschutzes in Hochrisikofällen auf den Weg

Das Ministerium der Justiz teilt mit:

Nordrhein-Westfalen setzt sich mit einem neuen Gesetzentwurf für einen besseren Schutz von Opfern häuslicher Gewalt ein. Die Landesregierung wird am Freitag, 23. Mai 2025, den Gesetzesantrag in den Bundesrat einbringen, mit dem der Schutz vor



häuslicher Gewalt in Deutschland spürbar verbessert werden soll – und das vor allem für Frauen. Denn zur Wahrheit in Deutschland gehört: Zu häufig ist der gefährlichste Ort für Frauen das eigene Zuhause, zu häufig endet die Gewaltspirale für sie tödlich. Mit dem Gesetzesantrag soll es Gerichten ermöglicht werden, die Gewaltspirale schneller zu durchbrechen und rechtzeitig Haft für Wiederholungstäter anzuordnen.

Justizminister Dr. Benjamin Limbach: „Wir dürfen nicht erst reagieren, wenn es zu spät ist. Wer wiederholt und gezielt gegen Schutzanordnungen verstößt, muss frühzeitig aus dem Verkehr gezogen werden können. Mit unserem Vorschlag wollen wir dafür die rechtlichen Grundlagen schaffen.“

Ziel ist es, den Gewaltschutz insbesondere in Hochrisikofällen schneller, konsequenter und wirkungsvoller durchzusetzen. Der aktuelle rechtliche Rahmen, das Gewaltschutzgesetz (GewSchG), bietet zwar Möglichkeiten für zivilrechtliche Schutzanordnungen, doch in der Praxis bestehen erhebliche Lücken. Insbesondere in Fällen eskalierender Gewalt reichen die bestehenden Mittel oft nicht aus, um Opfer effektiv und rechtzeitig zu schützen.

Der Gesetzentwurf sieht unter anderem folgende Maßnahmen vor:

- Härtere Strafen: Besonders schwere Verstöße gegen Schutzanordnungen sollen künftig mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren geahndet werden.
- Frühzeitige Information der Polizei: Bereits bei Antragstellung auf eine Schutzanordnung sollen Familiengerichte die Polizei informieren, um präventives Eingreifen zu ermöglichen.
- Deeskalationshaft: In Fällen mit Wiederholungsgefahr soll Untersuchungshaft nach § 112a StPO auch bei schweren Verstößen gegen das Gewaltschutzgesetz möglich sein.
- Opferschutz stärken: Opfer erhalten besseren Zugang zu psychosozialer Prozessbegleitung und rechtlicher Unterstützung.

Mit dem Gesetz reagiert Nordrhein-Westfalen auf den dringenden Handlungsbedarf im Bereich des häuslichen Gewaltschutzes. Der Vorstoß zielt darauf ab eine bundesweite Reform anzustoßen.



Forschungszentrum FH.AERO.SCIENCE: Land und Bund unterstützen die Entwicklung klimafreundlicher Luftfahrttechnologie

Startschuss für Projekt der FH Aachen

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr und das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie teilen mit:

Um die Forschung an innovativen und klimafreundlichen Luftfahrttechnologien aus dem Labor direkt in der Praxis testen zu können, fördern Land und Bund den Aufbau des Forschungszentrums FH.AERO.SCIENCE an der Hochschule Aachen mit Strukturstärkungsmitteln. Auf der Start- und Landebahn des Forschungsflugplatzes Würselen-Aachen soll die notwendige Infrastruktur geschaffen werden.

„Wir wollen innovative und klimafreundliche Luftfahrtforschung in die Praxis und auf die Start- und Landebahn bringen. Das ist ein wichtiger Schritt für den Luftfahrtstandort Nordrhein-Westfalen und das Rheinische Revier“, betonte Verkehrsminister Oliver Krischer bei der Übergabe des Förderbescheids am Montag, 19. Mai 2025.

Wirtschaftsministerin Mona Neubaur: „Ich glaube nicht an eine Welt ohne Flugverkehr – aber an eine, in der wir klimafreundlich fliegen. Und dieser Fortschritt wird genau hier in Nordrhein-Westfalen entwickelt. Wir verleihen dem Rheinischen Revier Flügel. Mit FH.AERO.SCIENCE machen wir das Rheinische Revier zur Startbahn für Innovationen: praxisnah und international sichtbar – eng verknüpft mit der Wissenschaft. Das schafft zukunftssichere Jobs, zieht Investitionen an und macht Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter nachhaltiger Luftfahrttechnologie.“

Minister Krischer und Ministerin Neubaur übergaben im Rahmen der offiziellen Feierlichkeiten zum Start des Aufbaus des Forschungszentrums FH.AERO.SCIENCE einen ersten Zuwendungsbescheid in Höhe von 1.648.770 Euro an den Rektor der FH Aachen, Prof. Dr. Thomas Ritz. Mit der Bescheidübergabe wird der Auftakt für ein Schlüsselprojekt im Rahmen des Wirtschaftsökosystems „Aviation Rheinisches Revier“ markiert, das erstmals Wissenschaft und Praxis als Bindeglied zwischen akademischer Bildung, Forschung und Technologietransfer eng miteinander verknüpft. Das Forschungszentrum strebt eine Förderung von insgesamt 12 Millionen Euro an Strukturstärkungsmitteln an, die im weiteren Verlauf des Projektvorhabens noch beantragt werden.



Auf einer Fläche von insgesamt 2.000 Quadratmetern entsteht mit FH.AERO.SCIENCE ein wegweisendes Innovationszentrum mit modernster Ausstattung: Es soll vor allem Platz für Lehr- und Forschungstätigkeit, für Labore, für ein Büro- und Verwaltungsgebäude sowie einen eigenen Hangar bieten.

Der FH Aachen stehen am Forschungsflugplatz Würselen-Aachen bislang keine eigenen Flächen zur Verfügung. Flugzeuge werden in einem begrenzten Hallenbereich untergestellt und Forschungsaufgaben müssen örtlich ausgelagert werden. Aus diesem Grund und zur weiteren Steigerung von Forschungsaktivitäten, Ausbildung und akademischer Bildung, Personalentwicklung und -einstellung sind der Bau und Betrieb des Lehr- und Forschungszentrums FH.AERO.SCIENCE geplant. Ein Hangar soll der FH Aachen die Möglichkeit geben, Forschungsarbeiten mit neuesten Technologien am Luftfahrzeug durchzuführen und direkt am Forschungsflugplatz Würselen-Aachen zu erproben.

Bund und Land unterstützen die nachhaltige Transformation des Rheinischen Reviers im Zuge des Kohleausstiegs mit mehr als 14,8 Milliarden Euro. Das Land flankiert die Förderung aus Bundesmitteln mit eigenen Haushaltsmitteln. Bislang sind 317 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 2,2 Milliarden Euro bewilligt.

Attraktiver Arbeitgeber: Landesverwaltung baut ihr Angebot an Co-Working-Spaces aus

Minister der Finanzen Dr. Optendrenk hat nach Pilotstandorten in Aachen und Siegen weitere Co-Working-Spaces in Duisburg, Münster und Bielefeld eröffnet

Das Ministerium der Finanzen teilt mit:

Das Pilotprojekt des Landes Nordrhein-Westfalen zur Erprobung von Co-Working-Spaces in der öffentlichen Verwaltung erreicht eine neue Stufe: Nach den Pilotstandorten in Aachen und Siegen hat Minister der Finanzen Dr. Marcus Optendrenk jetzt dezentrale Büroflächen in Duisburg, Münster und Bielefeld eröffnet. Beschäftigte der Landesverwaltung können sich hier flexibel einbuchen. Noch im Laufe dieses Jahres wird die Zahl der Co-Working-Spaces auf zehn anwachsen. „Mit dem konsequenten Ausbau des Co-Working-Angebots unterstreicht das Land seine Rolle als attraktiver



und moderner Arbeitgeber“, erklärt Minister Dr. Optendrenk. „Wir stehen im Wettbewerb um die besten Köpfe und müssen alle Chancen der Digitalisierung und der flexibilisierten Arbeitswelt nutzen, um die Arbeit dorthin zu bringen, wo wir diese Köpfe finden. So stellen wir uns als öffentliche Verwaltung zukunftsfest und krisenresilient auf.“

Das Angebot richtet sich beispielsweise an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Düsseldorfer Ministerien, die eine weite Pendelstrecke ins Büro haben, aber nicht gut im Homeoffice arbeiten können. In den Co-Working-Spaces finden sie eine professionelle und fortschrittliche Ausstattung jeweils in verkehrsgünstiger Lage vor. Neben Einzel-Arbeitsplätzen gibt es Teambüros und Besprechungsräume. Mit der Einrichtung der Standorte ist der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes (BLB NRW) beauftragt und stellt dazu eigene Büroflächen zur Verfügung. Bislang waren die Co-Working-Spaces Beschäftigten der Ministerien und einer kleinen Auswahl anderer Behörden vorbehalten, nun werden sie auch für Beschäftigte des nachgeordneten Bereichs der Ressorts und aller Landesbetriebe geöffnet.

„Wir sammeln sehr interessante Erfahrungen in dem Pilotprojekt“, so Dr. Optendrenk. „Wir entlasten unsere Kolleginnen und Kollegen in der öffentlichen Verwaltung von langwieriger Pendelei und ermöglichen ihnen mehr Freizeit mit ihrer Familie, ihren Hobbys oder ihrem Ehrenamt. Zugleich optimieren wir Arbeitsergebnisse, wenn die Konzentration unserer wichtigen Fachkräfte nicht auf der Autobahn aufgezehrt wird. Und wir entzerren den Berufsverkehr, tragen somit zum Klimaschutz bei. Kurzum: Das Co-Working-Konzept ist nicht nur ein Win-Win, sondern eher ein Win-Win-Win.“

Die Finanzverwaltung selbst geht beim Ausbau von mobiler Arbeit und Shared Working ebenfalls voran. Die Beschäftigten wurden mit mobilen Endgeräten und jeweils zwei Monitoren ausgestattet, von denen wahlweise einer für das Homeoffice genutzt werden kann. Auch die sehbehinderten und blinden Beschäftigten wurden so ausgerüstet, dass sie mit Hilfe von assistiver Technik wie Blindenschrift-Zeilen jetzt auch von zu Hause aus arbeitsfähig sind. Zudem wurden in neun Finanzämtern im gesamten Land inzwischen Shared-Working-Spaces aufgebaut, in denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrer Tätigkeit nachgehen können, die zwar in der jeweiligen Region leben, aber in einem weiter entfernten Finanzamt arbeiten. „Oftmals finden wir in einer Region mehr interessierten Nachwuchs als wir Studien- oder Ausbildungsplätze zu vergeben haben – in einer anderen dagegen weniger“, erklärt der Minister. „In Zukunft werden wir bei der Rekrutierung immer unabhängiger vom Wohnort werden



müssen. Wir brauchen fähige Fachkräfte, die die Steuereinnahmen unseres Staates sichern, damit wir die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen aufrechterhalten können – aber in Zeiten der fortgeschrittenen Digitalisierung können wir ihnen die tägliche Fahrt in eine weit entfernte Dienststelle weitgehend ersparen.“

Informationen zum Co-Working in der Landesverwaltung: www.dezentral.nrw

Reform des Verfassungsschutzgesetzes: Neues Fundament für heutige Sicherheitslage

Minister Herbert Reul: Mit diesem Gesetz stellen wir den Verfassungsschutz auf ein neues Fundament

Das Ministerium des Innern teilt mit:

Minister Herbert Reul hat am Montag, 19. Mai 2025, den Entwurf eines neuen Verfassungsschutzgesetzes vorgestellt. Auf Initiative des Ministeriums des Innern wurde seit Anfang 2024 an dem neuen Regelwerk gearbeitet. Das Verfassungsschutzgesetz ist erstmalig seit mehr als 30 Jahren neu verfasst worden. Ziel der Reform ist es, auf die sich wandelnden sicherheitspolitischen Herausforderungen, technologischen Entwicklungen und gestiegenen rechtlichen Anforderungen zu reagieren und den Verfassungsschutz damit die notwendigen Instrumente für die Anforderungen der Gegenwart zu machen.

Der Gesetzentwurf soll noch vor der Sommerpause in den Landtag eingebracht werden und nächstes Jahr in Kraft treten.

Minister Herbert Reul: „Mit diesem Gesetz stellen wir den Verfassungsschutz auf ein neues Fundament: Ein modernes Gesetz für die heutige Sicherheitslage. Bewährtes bleibt, doch wo die Realität uns fordert, mussten wir unseren Nachrichtendienst mit mehr Befugnissen ausstatten. Mehr Kriege, Krisen und Konflikte fordern auch mehr Können für unsere Sicherheitsbehörden. Desinformation und Cyberangriffe, aber auch Sabotage und Spionage sind keine Eintagsfliegen mehr. Aber: wo es mehr Befugnisse gibt, muss es auch gute Kontrolle geben. Dem trägt dieser Gesetzesentwurf Rechnung. Unser demokratischer Rechtsstaat braucht einen Verfassungsschutz, der sehen, verstehen und handeln kann: mit klarem gesetzlichen Auftrag und – wie bisher – festen rechtsstaatlichen Grenzen.“

Der bisherige Rechtsrahmen stammt aus den 1990er-Jahren. Mit der Neuverkündung setzt Nordrhein-Westfalen auch wesentliche Inhalte des so



genannten Maßnahmenpakets der Landesregierung (Sicherheit, Migration, Prävention) nach dem Terroranschlag von Solingen um. Darüber hinaus setzt das Land auch die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts um. Das hatte in mehreren Urteilen neue Maßgaben in Bezug auf Eingriffsintensität, Datenschutz und Kontrolle des Verfassungsschutzes gesetzt.

Das Gesetz trägt aktuellen Bedrohungslagen Rechnung – darunter dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie den Gefahren islamistischen Terrors. Zugleich berücksichtigt die reformtechnologische Entwicklungen, indem sie den Einsatz von Künstlicher Intelligenz regelt und mit der Befugnis zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung auf die Nutzung verschlüsselter Kommunikation über Messenger-Dienste reagiert wird. Auch die Befugnis zur Funkzellenabfrage in Mobilfunknetzen ist neu im Verfassungsschutzgesetz. Mit dieser können Netzwerke von Extremisten und Terroristen besser aufgedeckt werden. Mit der neuen Möglichkeit zur Kontostammdatenanfrage werden Finanzermittlungen erleichtert und mit der Befugnis zur Anfrage bei Verkehrsunternehmen wird ermöglicht, Reisewege von Extremisten, Terroristen und Agenten fremder Mächte besser nachzuverfolgen. Die präventive Spionageabwehr wird gestärkt, indem die wichtige Aufgabe des Wirtschafts- und Wissenschaftsschutzes eindeutig im Gesetz benannt wird. Ebenso wie Zuverlässigkeitsüberprüfungen von Personen, denen Zugang zu nicht allgemein zugänglichen Bereichen gewährt wird, etwa bei Großveranstaltungen, die nun auf einer bestimmteren rechtlichen Grundlage erfolgen.